

**1 Jahr Schwarz-Grün.
Was wir davon halten.**

Entlastung für Familien

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat einen Inflationsschub ausgelöst. Egal ob Energie, Lebensmittel oder Kleidung: Die Preise steigen drastisch. Sie belasten insbesondere Familien, Geringverdienende sowie Rentnerinnen und Rentner.

Das macht die Landesregierung

Als „Totalschaden“ bezeichnet die FAZ die schwarz-grüne Finanzpolitik: Erst bestreitet die Landesregierung die Existenz einer Notlage in NRW, dann erklärt sie diese, am Ende bestreitet sie die selbsterklärte Notlage. Erst gibt es nur Hilferufe nach Berlin anstelle eines eigenen Unterstützungspakets, dann ist eine „Krisenbewältigungsrücklage“ geplant, schließlich werden fünf Milliarden beschlossen.

Bloß: Es fließt kaum Geld ab, Bedingungen und Konditionen sind unklar. Inzwischen haben wir Klage beim Verfassungsgericht eingereicht, weil wir – wie auch der Landesrechnungshof – dieses Verfahren für verfassungswidrig halten.

Das wollen wir

- Abschaffung der Kita- und OGS-Gebühren, um Eltern mit kleinen Kindern um mehrere Tausend Euro im Jahr zu entlasten.
- Kostenlose Mittagessen für Kinder und Jugendliche sowie echte Lehrmittelfreiheit.
- Ein wirksamer Mieterschutz, der weitere drastische Mietsteigerungen verhindert.
- Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.
- Notfallfonds für Menschen, die ihre Energiekosten nicht mehr tragen können.



Zu unseren
Haushaltsanträgen

Gemeinsam statt einsam

Jede bzw. jeder Zehnte fühlt sich in Deutschland regelmäßig einsam. Menschen mit niedrigem Einkommen, mit niedrigen oder gar keinen Bildungsabschlüssen sowie Migrantinnen und Migranten sind besonders betroffen. Armut ist ein Faktor, der Einsamkeit verursachen oder verstärken kann. Und einsame Menschen beteiligen sich seltener am gesellschaftlichen Leben.

Das macht die Landesregierung

Bisher gibt es keinen Plan, wie sich die Landesregierung dieser Herausforderung stellen möchte. Zwar verweist die schwarz-grüne Koalition auf die Erkenntnisse der Enquetekommission „Einsamkeit und soziale Isolation in NRW“, doch welche Maßnahmen wann, wo und wie umgesetzt werden sollen – dazu herrscht Schweigen. Selbst die empfohlene Landkarte mit einer Übersicht aller bestehenden Angebote für einsame Menschen ist bisher mehr Schein als Sein. Im Haushalt 2023 hat die Landesregierung keinen Cent zum Kampf gegen Einsamkeit eingeplant.



Zu unserer Großen
Anfrage

Das wollen wir

- Das Modellprojekt „GemeineschwesterPlus“ aus Rheinland-Pfalz soll auch in NRW umgesetzt werden: Speziell geschulte Pflegekräfte besuchen hochbetagte Menschen und beraten und unterstützen diese.
- Einen „Aktionsplan gegen Armut“ mit kostenfreien Mittagessen in Kitas und Schulen, einer armutsfesten Kindergrundsicherung und vielem mehr.
- Ausbau des psychotherapeutischen Angebots, um allen Menschen mit entsprechendem Bedarf schnelle Hilfe zu bieten.
- Eine Strategie gegen Einsamkeit, die auch strukturelle Veränderungen anstößt.
- Die konsequente Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission Einsamkeit.

Armut in NRW

In NRW leben rund 3,3 Millionen und damit 18,7 Prozent der Menschen in finanzieller Not. Das Armutsrisiko für junge Menschen wächst deutlich stärker als das der Gesamtbevölkerung. So ist inzwischen mehr als ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen in NRW von Armut bedroht.

Das macht die Landesregierung

Hendrik Wüst äußerte sich kritisch zur Diskussion um das Bürgergeld. Dabei hat die Bundesregierung mit dem Bürgergeld und der Erhöhung des Mindestlohns einen wichtigen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Armutsvermeidung geleistet. Die Landesregierung hat hingegen keine eigene Strategie dafür, wie man Menschen dabei unterstützen kann, es selbst aus der Armut zu schaffen. Mittel aus dem Stärkungspakt Armut können laut Kommunen nicht unter den festgelegten Bedingungen und Fristen ausgegeben werden, die Träger werden mit den Mehrbelastungen allein gelassen. In Sachen Armutsprävention macht die Landesregierung nichts.



Zu unserer
Pressemitteilung

Das wollen wir

- Die Menschen dazu befähigen, es selbst aus der Armut zu schaffen.
- Unterstützung für Familien mit Gebührenfreiheit für Kitas und den offenen Ganztags, eine umfassende Lehrmittelfreiheit und eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen, um auch Alleinerziehenden ausreichend Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit zu bieten.
- Absicherung von Familienzentren, Seniorenheimen und interkulturellen Zentren in diesen Krisenzeiten, damit diese ihre unterstützenden Angebote aufrechterhalten können.
- Absicherung der sozialen und gesundheitsbezogenen Träger.
- Lösung der Altschuldenproblematik der Kommunen, damit diese handlungsfähig bleiben und vor Ort konsequent gegen Armut vorgehen können.

Bildungskatastrophe Teil 1

Nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung fehlen in NRW fast 100.000 Kitaplätze. In manchen Monaten müssen über 1.000 Kitas ihr Betreuungsangebot reduzieren oder schließen komplett. Der Grund: Personalmangel. Und angesichts steigender Sach- und Energiekosten schlagen die Kita-Träger Alarm: Tausende Kitas stehen vor der Schließung.

Das macht die Landesregierung

Die schwarz-grüne Koalition redet die schlechte Lage schön. So haben sie im vergangenen Jahr gerade mal 8.800 neue Kita-Plätze geschaffen – der niedrigste Wert seit zwölf Jahren. Und das Familienministerium ergreift nur halbherzige Maßnahmen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, während Eltern verzweifelt versuchen, die Stundenreduzierungen und Schließungen aufzufangen. Ein weiteres beitragsfreies Kita-Jahr hat die Landesregierung bisher auch nur versprochen, aber noch nicht umgesetzt.



Zu unserer
parlamentarischen Initiative

Das wollen wir

- Abschaffung der Kita-Gebühren.
- Ein Kita-Rettungspaket in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro, damit Träger die Kostensteigerungen auffangen können.
- Entlastung der Erzieherinnen und Erzieher durch zusätzliches (Verwaltungs-)Personal und eine Vergütung schon in der Ausbildung.
- Weg von der Kindpauschale hin zu einer einrichtungsbasierten Finanzierung.

Bildungskatastrophe Teil 2

Die Bildungskatastrophe ist längst Realität in NRW: Jedes vierte Kind in der vierten Klasse kann nicht richtig lesen. Es fehlen 200.000 Plätze im offenen Ganztag, fast 7.000 Lehrkräfte, Unterrichtsausfall ist alltäglich. Zudem sind die Gebäude oft marode. Chancengleichheit ist eine Utopie.

Das macht die Landesregierung

NRW gibt gerade mal 7.000 Euro pro Schülerin und Schüler pro Jahr aus – und ist damit Schlusslicht unter den deutschen Bundesländern (Bayern und Hamburg: fast 10.000 Euro). Weil der Unterrichtsausfall nur schlechte Nachrichten produzieren würde, wird er gar nicht erst erhoben. Reformen für mehr Chancengleichheit durch individuelle Förderung gibt es nicht. Immerhin findet Schwarz-Grün warme Worte über den Wert der Bildung.



Zu unserer
parlamentarischen Initiative

Das wollen wir

- Ein New Deal für Bildung in NRW: Die Investitionen in Bildung müssen mindestens auf den Bundesdurchschnitt angehoben werden.
- „Gute Schule 2030“: 2,5 Milliarden Euro für die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen.
- Bildungslotsinnen und -lotsen sowie Familienzentren unterstützen von Anfang an und nehmen Rücksicht auf individuelle Bedarfe.
- Eine echte Personaloffensive mit attraktiven Arbeitsbedingungen.

Gesundheit gefährdet

In NRW fehlen rund 24.000 Pflegekräfte, während der Bedarf stetig wächst. Knapp 1,2 Millionen Menschen in NRW hatten im Jahr 2021 einen Pflegegrad. Auch bei den Krankenhäusern besteht Handlungsbedarf: Der Investitionsstau in NRW beträgt 1,85 Milliarden Euro jährlich.

Das macht die Landesregierung

Es brennt lichterloh: Fachkräfte fehlen, Ausbildungszahlen gehen stark zurück, dabei wird die Zahl der Pflegebedürftigen immer größer. Gegen alle Widerstände hat der Gesundheitsminister die Einführung der Pflegekammer durchgesetzt, doch ermöglicht den ehrenamtlich Engagierten nun keine Freistellung und Entschädigung für ihre Tätigkeit. Zur Umsetzung des Krankenhausplans stellt die Landesregierung bis 2027 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Doch das reicht bei weitem nicht aus: Allein 1,85 Milliarden Euro werden jährlich benötigt, um die Krankenhäuser finanziell auskömmlich auszustatten. Wie wichtig pflegende Angehörige sind, hat die Landesregierung noch nicht erkannt, und lässt sie völlig außer Acht. Dabei werden sie bei der wachsenden Zahl an Pflegebedürftigen eine entscheidende Rolle spielen.

Das wollen wir

- Die Krankenhauslandschaft in NRW zukunftssicher aufstellen: Bereits für den Haushalt 2023 haben wir einen Ansatz von zwei Milliarden Euro gefordert.
- Sonderinvestitionsprogramm für die Pflegeschulen in Höhe von 10 Millionen Euro, um die Ausbildungsinfrastruktur nachhaltig sicherzustellen.
- Rettungsschirm für Einrichtungen der Tagespflege, damit diese unter anderem die gestiegenen Energie- und Sachkosten auffangen können.
- Freistellung von der beruflichen Tätigkeit und Entschädigung für alle ehrenamtlich Tätigen in der Pflegekammer.
- Umfassende Unterstützung für pflegende Angehörige: u. a. finanzielle Entlastung sowie eine bessere Beratungs- und Unterstützungsinfrastruktur.



Zu unserer
parlamentarischen Initiative

Der Wohnungsmarkt in NRW

„Ungebremst in den Mietnotstand“, beschreibt der WDR die Situation in NRW. Die (Neu-)Mieten steigen schon seit Jahren stärker als die Einkommen, der soziale Wohnungsbau liegt am Boden. Bezahlbares Wohnen wird zur Herausforderung für viele.

Das macht die Landesregierung

Schwarz-Gelb hat den Mieterschutz deutlich verschlechtert. Unter Schwarz-Grün hat sich das kein Stück verbessert. Die Landesregierung begnügt sich zudem damit, die Fördermittel des Bundes weiterzuleiten, tut aber nichts, um den Neubau bezahlbarer Wohnungen wirklich anzukurbeln. In 2022 wurden nur 3.993 Wohnungen mit Mietpreisbindung neu gebaut – ein Einbruch von 60 Prozent seit 2016. Eine Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum ist nicht in Sicht.

Das wollen wir

- Verbesserung des Mieterschutzes, um Mieterhöhungen zu erschweren.
- Schaffung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau mit dem Ziel, 25.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen.
- Ausweitung der Mietpreisbremse, die bisher nur in 18 Städten gilt.



Zu unserer
parlamentarischen Initiative

Die wirtschaftliche Null

Die NRW-Wirtschaft schrumpft. Die Unternehmen stehen vor enormen Herausforderungen: Es gilt, den umfassenden sozial-ökologischen Wandel zu bewältigen. Hinzu kommt der Fachkräftemangel. Die Energiekrise trifft den Industriestandort NRW hart. Dadurch fällt das Land bei den jetzt so wichtigen Zukunftsinvestitionen gegenüber anderen Bundesländern deutlich zurück.

Das macht die Landesregierung

Die schwarz-grüne Koalition lehnt sich zurück: Es gibt kein Infrastrukturprogramm für die Industrie im ländlichen Raum, keinen Pakt für Stahl oder die Grundstoffindustrie, kein Programm zur Stärkung des Eigenkapitals mittelständischer Unternehmen, keine breiten Hilfen in der Energiekrise, auch keinen Innovationsfonds für die ökologische Transformation. Von einer Fachkräfteoffensive oder einem Tariftreuegesetz für bessere Löhne ganz zu schweigen ...



Zu unserer
parlamentarischen Initiative

Das wollen wir

- Investitionen in Innovation, Industrie und Infrastruktur: Ein Transformationsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro soll Unternehmen ermöglichen, ihre Produktionsprozesse klimaneutral und kreislaforientiert umzugestalten. Eine leistungsfähige Infrastruktur mit schnellem Internet, erneuerbaren Energien und Wasserstoffanschluss ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen im Land.
- Maßnahmenpaket gegen Fachkräftemangel – von der Ausbildungsgarantie über die Weiterbildung bis hin zur Modernisierung der beruflichen Bildung.
- Ein wirksames Tariftreuegesetz für bessere Löhne.

Weil Klimaschutz Zukunft sichert

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen die erneuerbaren Energien drastisch ausgebaut werden. Spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist zudem klar: Je schneller wir Windräder, Photovoltaikanlagen & Co. ausbauen, desto schneller dämpfen wir die Energiepreise für die Bürgerinnen und Bürger und den Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

Das macht die Landesregierung

Mit dem Regierungseintritt der Grünen waren große Hoffnungen für den Ausbau der Erneuerbaren verbunden. Passiert ist hingegen wenig: Eine Hängepartie bei der Abschaffung der starren 1.000-Meter-Abstandsregel bei Windkraftanlagen. Zu wenig Tempo beim Ausbau der Windkraft, zu lahm der Einsatz für mehr Photovoltaik. Der Klimaschutz hat anscheinend keine Priorität.



Zu unserem
Gesetzentwurf

Das wollen wir

- Abschaffung der starren 1.000-Meter-Abstandsregel für Windkraftanlagen.
- Steigerung der installierten Leistung von Wind- und Sonnenenergie um das Vierfache bis 2030 durch eine Windkraftoffensive und Photovoltaik-Anlagen auf alle Dächer, auf denen die Installation möglich ist.
- Balkonkraftwerke für alle: Für viele Mieterinnen und Mieter stellt die Investition eine Hürde dar, deswegen muss der Erwerb gefördert werden.
- Die Wärmewende durch kollektive Wärmeversorgung sozial gerecht voranbringen – mit Geothermie, Abwärme und anderen Quellen der Nah- und Fernwärme.
- Klimaschutz ist immer auch eine soziale Frage: Die Lasten müssen gerecht verteilt werden und alle müssen von der Energiewende finanziell profitieren können.

Kommunen mehr unterstützen

Viele Städte und Gemeinden in NRW leiden unter einer hohen Schuldenlast: Rund 22 Milliarden Euro Kassenkredite entfallen auf die 396 Kommunen. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.264 Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner liegt NRW auf Platz 2 aller Bundesländer.

Das macht die Landesregierung

In Bezug auf die Altschulden macht sich die Landesregierung einen schlanken Fuß: Ohne ein Altschuldenprogramm des Landes wird der Schuldenberg der Kommunen flächendeckend dramatisch ansteigen – erst recht in Zeiten steigender Zinsen. Hinzu kommen unter anderem die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Während die Kommunen die Hauptlast tragen, leitet die Regierung Wüst gerade einmal die Hälfte der dafür zur Verfügung stehenden Bundesmittel an die Kommunen weiter. Und tritt dabei selbst seit Monaten auf der Stelle: Gab es 2015/2016 über 85.000 Plätze in Landeseinrichtungen, sind es zurzeit nicht einmal 30.000 Plätze zur Unterbringung von Menschen auf der Flucht.

Das wollen wir

- Eine Lösung für die Altschulden, wie es auch andere Bundesländer auf den Weg gebracht haben. Dann hätten betroffene Kommunen wieder Luft für wichtige Aufgaben.
- Das Land muss Städte und Gemeinden durch deutlich mehr Plätze – insgesamt mindestens 70.000 – in eigenen Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete entlasten.
- Die Gelder, die der Bund zur Erfüllung der Aufgaben mit Bezug zu Geflüchteten zahlt, müssen vollständig an die Kommunen gehen.



Zu unserer
parlamentarischen Initiative

Sicherheit im Blick

Die Kriminalstatistik für das Jahr 2022 zeigt: In NRW steigt die Kriminalität deutlich. Lässt man die Corona-Jahre außen vor, sind 11 Prozent im Vergleich zu 2019 ein raketentartiger Anstieg bei inzwischen 1,37 Millionen registrierten Straftaten. Die Menschen in NRW erwarten zurecht von der Landesregierung, dass sie für ihre Sicherheit sorgt und der Gerechtigkeit Geltung verleiht.

Das macht die Landesregierung

Während sich die Landesregierung auf einzelne Delikte wie die so genannte Clan-Kriminalität konzentriert, nehmen Sprengungen von Geldautomaten zu. Öffentlichkeitswirksame Auftritte des Innenministers bei Durchsuchungen von Shisha-Bars ersetzen keinen konsequenten Einsatz von Experten für Geldwäschedelikte. Zahlreiche Straftaten können in der Kriminalstatistik nicht zugeordnet werden, was befürchten lässt, dass zum Beispiel antisemitische Straftaten nicht vollständig erfasst werden. Zudem gelten für die Auswahl für die Polizeiausbildung nach wie vor sportliche Leistungsstandards. Dadurch fallen zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten aus der Auswahl.



Zu unserer
Pressemitteilung

Das wollen wir

- Mehr Personal: Durch ein breiteres Anforderungsprofil könnten frühzeitig engagierte Interessierte für die neuen Herausforderungen einer modernen Polizei und Justiz geworben werden.
- Deeskalationstrainings in Kitas, Schulen und Jugendzentren, um der wachsenden Gewaltkriminalität von Kindern und Jugendlichen zu begegnen.
- Ein konsequentes Vorgehen gegen Rechts- und Linksextremismus und Antisemitismus.
- Bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität muss der Blick über Familienstrukturen hinausgehen. Es bedarf einer Zusammenarbeit über Grenzen hinweg.

HERAUSGEBER

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sarah Philipp
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

BEZUGSADRESSE

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Pressestelle
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

oder unter

 SPD-Fraktion@landtag.nrw.de

 www.spd-fraktion.nrw

 twitter.com/spd_fraktion_nw

 facebook.com/spdfraktionnrw

GESTALTUNG

V-FORMATION – Agentur für visuelle Kommunikation

DRUCKEREI

oeding print GmbH
Erzberg 45, 38126 Braunschweig

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im Landtag NRW dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Stand: Juni 2023

Unser Druckdienstleister ist EMAS-umweltzertifiziert, arbeitet klimakompensiert und erfüllt die hohen Standards des Blauen Engel DE-UZ195. Gedruckt wird mit veganen Farben auf Pflanzenölbasis und 100% Ökostrom aus Deutschland.



Das Papier stammt aus vorbildlich bewirtschafteten, FSC®-zertifizierten Wäldern und anderen kontrollierten Quellen.

